

Nation – Nationalstaat – Nationalismus

Die Begriffe Nation und Nationalismus sind in ihrer heutigen Bedeutung noch jungen Datums. Bis zum 18. Jahrhundert war Nation eine Herkunftsbezeichnung ohne feste Konturen und meist auch ohne Beziehung zu einer staatlichen Einheit. Dann beginnt der politische Gebrauch des Wortes als Bezeichnung des ganzen Staatsvolks ohne Unterscheidung in Adelige und Bürger. Auch das Bekenntnis zur eigenen Nation wird gefordert und Einsatz für ihre Interessen. Erst die Französische Revolution gab jedoch dem Wort die gefühls- und wertgeladene Bedeutung, die es bis heute prägt. Die Nation wurde geradezu zum Losungswort der Revolution und damit aller Politik bis in die unmittelbare Gegenwart. Der Begriff Nationalismus, den Giuseppe Mazzini 1836 prägte, besagt deutlich die Tendenz zu absoluter, totaler Geltung mit geradezu religiösen Zügen. Die Nation galt als „die umfassende, höchste geistige und soziale Normen setzende Gemeinschaft“ (Oskar Köhler). Die Idee des reinen Nationalstaats wurde eine mächtige politische Kraft, die Unversehrtheit und Einheit der Nation das vorrangige Ziel aller Politik, bei der Neugliederung Europas nach dem Ersten Weltkrieg ebenso wie bei der Staatenbildung in der Dritten Welt.

Wie untauglich jedoch dieses Prinzip zur Gestaltung einer politischen Gemeinschaft ist, zeigen nicht nur Selbstüberschätzung und Überheblichkeit des Nationalismus, wohl die letzte Ursache der beiden Weltkriege, sondern auch die menschenverachtenden Folgen für die Minderheiten in den Nationalstaaten selbst: Unterdrückung, rücksichtslose Durchsetzung der Nationalsprache, Zwang zur Assimilation oder zur Auswanderung, Umsiedlung und Vertreibung, ja so beispiellose Verbrechen wie der Versuch der Ausrottung ganzer Volksgruppen.

Problematisch ist schon der Begriff Nation selbst. Wer bildet eine Nation, welches Kriterium gilt für die Zugehörigkeit? Verhältnismäßig einfach scheint es bei „Staatsnationen“ – Frankreich, auch die USA – zu sein: Die Nation ist der Staat. Nationalität ist Staatsangehörigkeit, gründet also auf Selbstbestimmung, ist gleichsam ein „tägliches Plebiszit“, wie es Ernest Renan im Blick auf das Elsaß formulierte. Doch wie reagiert die „Nation“, wenn ein Teil der Bevölkerung einmal nicht mehr zum Staatsverband gehören will?

Noch größere Schwierigkeiten gibt es für das Verständnis der Nation als Sprach-, Wesens- und Kulturgemeinschaft, als „Kulturnation“, wie es sich seit der Romantik in Deutschland und in Osteuropa ausgebildet hat. Als Grundlagen gelten hier der Nationalcharakter und vor allem die Sprache als wesentlichstes Element der Nationalkultur. Diese Begriffe sind aber in höchstem Maß unpräzise. Sogenannte nationale Eigenarten gelten nie für die Gesamtheit der Bürger und än-

dern sich ständig. Meist handelt es sich nur um Gemeinsamkeiten bestimmter sozialer Schichten. Daher sind die angeblichen nationalen Gegensätze in den meisten Fällen das Ergebnis sozialer Vorurteile oder auch eines Kulturgefälles wie etwa zwischen Deutschen und Polen im preußischen Oberschlesien. Daß die nationale Einheit an der Sprache erlebt wird, ist alles andere als natürlich. Nationalbewußtsein in diesem Sinn ermöglicht erst die Schriftsprache und ihre Verbreitung durch allgemeine Bildung, also ein kulturpolitischer Vorgang, der durch den Willen zu nationalstaatlicher Spracheinheit ausgelöst und in Gang gehalten wird. Um eine naturwüchsige Gegebenheit, wie es zum Beispiel Herder annahm, handelt es sich kaum jemals.

Kein moderner Staat in Europa verdankt seine heutigen Grenzen dem Bewußtsein der Einwohner, eine Sprach-, Wesens- und Kulturgemeinschaft zu bilden. Die entscheidende Rolle spielten ganz andere Faktoren: Eroberungen oder Niederlagen und internationale Verträge, ferner Heirat, Erbfolge, Gebietstausch. So leben heute – im Widerspruch zum reinen Nationalstaatsprinzip – in vielen Ländern anderssprachige Minderheiten, und kaum irgendwo bilden alle Angehörigen einer Sprachgruppe einen einheitlichen Staat.

Weder diese inneren Widersprüche noch die katastrophalen Folgen des Nationalismus im Zweiten Weltkrieg haben es verhindern können, daß weitherum die Idee des Nationalstaats noch als oberstes Ziel politischen Handelns gilt. In den Ländern der Dritten Welt grassiert der Nationalismus in seinen zugespitztesten Formen mit allen schlimmen Konsequenzen; die Flüchtlingsströme sind nur eine davon. Ähnliches gilt für Osteuropa und für die Sowjetunion. Auch in den rechtsstaatlichen Demokratien der westlichen Welt hat man noch längst nicht eine friedliche Lösung aller Probleme sprachlicher und kultureller Minderheiten gefunden; die blutigen Beweise liefern die Korsen, die Basken oder die Iren. Die Nationalstaatsidee jedenfalls bietet auf der Suche nach einem Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten in Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde und Frieden keine Hilfe, auch nicht bei der manchmal geradezu gespenstisch anmutenden Debatte um die Einheit und die Grenzen Deutschlands. In die Zukunft weist wohl nur die Idee der Integration Europas als übernationale Gemeinschaft freier Menschen, wo Grenzen ihre trennende Bedeutung verloren haben.

Die Kirche widerstand in der Vergangenheit nicht in allen Ländern der Versuchung, mit dem Nationalismus gemeinsame Sache zu machen. Heute, wo sie sich von allen Bindungen an politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme löst, kann sie einen bedeutenden Beitrag zur Überwindung des Nationalismus leisten, und damit zu einer „humaneren Gestaltung der Menschheitsfamilie und ihrer Geschichte“ (Zweites Vatikanum). Sie verkündet ja die in Gott gegründete Würde und Freiheit jedes einzelnen, die grundlegende Gleichheit aller Menschen und ihre Pflicht zu gegenseitiger Achtung und weltweiter Solidarität.

Wolfgang Seibel SJ